

Riesfaer Tageblatt

und Anzeiger (Elblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei
Tagesblatt Riesfa.
Bismarckstr. 20.
Postfach Nr. 22.

Das Riesfaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesfa, des Rates der Stadt Riesfa, des Finanzamts Riesfa und des Hauptpostamts Weichen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkonton:
Dresden 1530.
Verleger:
Riesfa Nr. 22

Nr. 194.

Mittwoch, 21. August 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesfaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Austritts von Produktionsbetrieben, Erhöhungen der Röhre und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 88 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 66 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfallen, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesfa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesfa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesfa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesfa.

Deutschland fordert Klarheit.

Eine deutsche Note an die sechs einladenden Mächte.

Die Räumungs-Erklärung

Wenn man geahnt hat, daß europäische Politik dadurch zu verbessern, daß man die Berufsdiplomaten entlastet, und in den großen Schicksalsfragen der Welt internationale Konferenzen an ihre Stelle setzt, so sieht man sich jetzt in solchen Hoffnungen schwer enttäuscht. Auch in den Annahmen der Konferenz hat die Haager Konferenz bis jetzt fast nichts von dem geleistet, was man von ihr erwartete. Die Verhandlung der Räumungsfrage aber muß geradezu als ein Trauerspiel bezeichnet werden. Gewiß, die Schuld hieran trifft eigentlich nur Frankreich. England und Belgien haben sich in durchaus entgegengesetzter Richtung bewegt. Doch aber eine Weltkonferenz von führenden Staatsmännern mit einem so kleinkindlichen Eigenwillen, wie ihn die französische Politik darstellt, nicht fertig zu werden vermag, beweist die ganze Rückständigkeit der internationalen Weltpolitik von heute. Während die Technik durch die Triumphe der Technik geradezu darauf aus zu sein, die Völker immer noch weiter auseinanderzubringen. Es ist gewiß die allgemeine öffentliche Meinung in allen Kontinenten, daß zur endgültigen Liquidierung des Krieges, die Zurückziehung militärischer Besatzungsstruppen erste Voraussetzung ist. Unter den Völkern wären ohne Zweifel die eigentlichen Rufen zu hören, die sich wirklich noch irgend etwas Gutes von der Anwesenheit fremder Truppen am Rhein versprechen. Aber da ist das Prestige der Staaten, und das Prestige der Parteien! Da ist auch das persönliche Prestige der Minister und Diplomaten! Wie Herr Snowden nicht nach England zurückkommen darf mit irgend einer Nachbedingung in der 12 Millionenfrage beim Quotenstreit, so darf Herr Briand sich vor seinen Generalen nicht mehr zeigen lassen, wenn er dünn und kurzeschneidig den Deutschen die Räumung in allerhöchster Zeit auftrug. Briand hat oft bei internationalen Verhandlungen überaus großartig geschwungen; er hat dann aber auch gelegentlich wieder, durch Entschuldigungen und Kurzschichtigkeiten enttäuscht, die man gerade ihm nicht zurechnen hätte. Einen solchen Zeitpunkt seiner Politik — wahrlich nicht den allerbesten — erlebt man jetzt im Haag. Um das zu erreichen, was bisher im Haag erreicht worden ist, hätte es wahrhaftig dieses großen Apparates nicht bedurft. Dazu hätte auch vielleicht ein diplomatischer Meinungsaustausch auf dem üblichen postalischen Wege genügt. Das wäre erheblich weniger kostspielig gewesen und hätte unter Umständen sogar einen besseren Erfolg gemahrdet. Da hätte kein Prestige auf dem Spiel gestanden und da hätte man die Dinge in aller Rührbarkeit verhandelt. Da wäre die Ueberflüssigkeit der Besatzung und die Möglichkeit ihrer Zurückziehung jedenfalls längst als Selbstverständlichkeit erkannt und anerkannt worden. So wie die Dinge jetzt stehen, ist die Räumungsfrage zur größten Blamage der Haager Konferenz geworden.

Ein Schritt der deutschen Delegation im Haag.

Haag, 20. August. Die deutsche Delegation hat heute mittig ein Schreiben an die Delegationen der übrigen fünf einladenden Mächte zu Händen des bisherigen Präsidenten der Vorkonferenz, Jaspars, gerichtet. Darin wird zum Ausdruck gebracht, daß der bisherige Verlauf der Konferenz und das Verhalten des 1. September der deutschen Delegation Veranlassung geben, eine Sitzung der bevollmächtigten Delegierten der sechs einladenden Mächte über die weitere Behandlung der auf dem Programm der Konferenz stehenden Fragen herbeizuführen. In dem Schreiben wird der bisherige Präsident der Vorkonferenz gebeten, zu einer solchen Besprechung baldigst einzuladen zu wollen. Die Führer der fünf Delegationen sind gleichzeitig von diesem Schritt in Kenntnis gesetzt worden.

Haag, 20. August. Der heute bekanntgegebene Schritt der deutschen Delegation ergab sich als eine notwendige Folge der Tatsache, daß uns nur noch zehn Tage von dem Termin trennen, der im Youngplan selbst für dessen Inkrafttreten vorgesehen ist, weiter aus der Erwägung, daß Deutschland als der Hauptbeteiligte an der Haager Konferenz und ihren Beratungen gegenüber ein sehr viel höheres eigenes Interesse hat als die auf der Gegenseite beteiligten Mächte mit ihren relativ doch recht wenig bedeutenden, nun seit vierzehn Tagen umstrittenen Differenzen.

Zwar läßt der Youngplan selbst die Möglichkeit seiner Annahme und Ratifizierung erst zu einem späteren Zeitpunkt und seine rückwirkende Kraft für diesen Fall vor. Aber da zwischen der Verabschiedung des Planes durch die Pariser Sachverständigen und dem 1. September nur noch eine dreimonatige Frist lag und das Zusammenkommen der Konferenz zu seiner Verwirklichung für Anfang Juli in Aussicht genommen war, so sind jedenfalls im Plan selbst keine Vorkehrungen getroffen, um einen solchen Schwerezustand rechtzeitig und materiell zu überbrücken.

Die innere Begründung zu dem deutschen Schritt, der ein Hauptereignis der bisherigen Konferenz darstellen dürfte, liegt darin, daß bisher keine Klarheit geschaffen ist, was am 1. September nun eigentlich werden soll. Die Vermutung liegt nahe, daß die Gläubigermächte den Youngplan einfach weiterlaufen lassen möchten. Nachdem aber in monatelangen Verhandlungen von den anerkannten ersten Autoritäten die Untragbarkeit der bisherigen Leistungen aus dem Youngplan festgestellt und darauf die geringeren des Youngplans eingeleitet sind, dürfte es finanziell und moralisch ausgeschlossen sein, gegen das Wort dieser Sachverständigen und schließlich auch gegen die bereits ausgesprochene Auffassung der Mächte von Deutschland eine Weiterzahlung auf Grund des Youngplans zu verlangen. Eine Klärung dieser Frage vor dem Auseinandergehen im Haag ist absolut im deutschen Interesse und, wenn auch in geringerer Maße, zugleich in dem der übrigen Mächte erforderlich.

Es bedarf also einer Verhandlung über das, was etwa bei einem Abbruch, einer Vertagung oder einer längeren hinausgezögerten der Konferenz am 1. September zu geschehen hat, und es sind auch im Youngplan selbst bekanntlich eine Anzahl Fragen der Verhandlung zwischen den Regierungen überlassen worden, deren Beilegung eine der Aufgaben der gegenwärtigen Konferenz war.

Man wird sich deshalb auf der Gegenseite unendlich dem berechtigten Ansehen Deutschlands um eine Aufnahme der Arbeit verschließen können, die von vornherein auf der Tagesordnung der Konferenz stand und für dessen Durchführung die Vertreter der Mächte im wesentlichen hierher gekommen sind. Das das eine Frage des deutschen Interesses in erster Linie ist, bedarf keiner Erörterung; denn von verschiedenen Gesichtspunkten aus gesehen haben die verschiedenen Vertreter der Gläubigermächte bzw. deren öffentliche Meinung mehrfach bereits öffentlich festgestellt, daß sie schließlich ein Mindermaß oder eine Verfestigung der Haager Konferenz mit einiger Ruhe ertragen könnten. Das alles für Deutschland nicht, das weniger Interesse an der Behandlung der zwischen den Gläubigermächten stehenden, gewiß wichtigen, aber im Vergleich zu der Gesamtfrage der Konferenz immerhin nicht vorrangigen Fragen hat. Die übrigen fünf Hauptmächte, an die zunächst herangetreten wurde, werden also nicht umhin können, die Berechtigung und Notwendigkeit dieses bedeutungsvollen deutschen Schrittes anzuerkennen und dem Erfuchen zu entsprechen.

Dem deutschen Schritt sind diplomatische Verhandlungen vorhergegangen, in denen die Zustimmung der Mächte zu der von Deutschland geforderten Sachverständigenbesprechung eingeholt worden ist.

Es muß jedoch von neuem mit allergrößtem Nachdruck betont werden, daß die Verantwortung für die verworrene, fast hoffnungslose Lage, in der die Konferenz sich befindet, ausschließlich auf die französische Regierung zurückfällt. Frankreich hat es in der Hand, durch geringfügige Zugeständnisse eine Einigung zwischen den Gläubigermächten herbeizuführen und damit ein Ergebnis der Konferenz sicherzustellen.

Die anscheinend an gewissen Stellen bestehende Auffassung, daß England auf der Haager Konferenz eine Ablehnung des Youngplans herbeizuführen wollen, findet keinerlei Anhaltspunkte. Die englische Abordnung vertritt an dieser Konferenz ihr gutes Recht auf gerechte Berücksichtigung ihrer Wünsche bei der Verteilung der deutschen Zahlungen. Dagegen hat die französische Regierung, wie auch in der ganzen deutschen Presse zum Ausdruck kommt, die Räumungsverhandlungen mit allen Mitteln verschleppt. Die englische Regierung ist bisher nicht von ihrer Auffassung abgewichen, daß unabhängig von der Annahme des Youngplans die Rheinlandräumung aus moralischen und rechtlichen Gründen unter allen Umständen erfolgen müsse. Die fortgesetzten Erfolge, die jetzt immer bedeutsamer zutage treten, England als den Alleinbeteiligten an einem etwaigen Zusammenbruch der Konferenz hinzustellen, müßten mit aller Entschiedenheit als von französischer Seite beeinflußte Propaganda zurückgewiesen werden. Es liegt keinerlei Veranlassung auf deutscher Seite vor, diese unehrliche Verschleppungsstrategie irgendwie zu billigen. Die Verantwortlichkeit auf dieser Konferenz muß einmal und endlich klargestellt werden.

Die Antwort auf den deutschen Schritt.

Haag, 20. August. Die um 8 Uhr bei der deutschen Delegation eingetroffene Antwort des derzeitigen Konferenzvorsitzenden Jaspars legt die deutlicherseits gewünschte Besprechung der sechs einladenden Mächte der Haager Konferenz auf morgen nachmittags 5 Uhr 30 im Anschluß an die für 4 Uhr vorgesehene Zusammenkunft der Außenminister der vier Rheinlandmächte fest.

Schaham und Foreign Office verschiedener Ansicht. England fordert Klarheit in der Rheinlandkommission. Wird Deutschland Festigkeit zeigen?

London, (Telunion.) Die beiden großen Ereignisse des heutigen Dienstag im Haag, die Zusammenkunft zwischen Briand und Snowden und der Vorstoß der deutschen Abordnung zur Klärung der Konferenzarbeiten, haben in London die geringe Hoffnung auf einen erfolgreichen Abschluß der Konferenz nur wenig belebt. Man ist überzeugt, daß auch die Ueberredungskunst Briands an dem englischen Schahamler scheitern werde, wenn er nicht gleichzeitig sachliche Zugeständnisse anzubieten vermöge. Der sonderbare "Rechenfehler" der Pariser Sachverständigen und seine Nachprüfung mit Hilfe von vier Rechenmaschinen wird nicht sehr ernst genommen, vielmehr als eine geschickte Verschleierung für die Fortsetzung der Arbeiten hinter den Kulissen angesehen.

Die Zusammenkunft Briand-Snowden hat allerdings noch eine andere Seite. Es wird immer klarer, daß das Schaham und Foreign Office über die Zweckmäßigkeit von Snowdens Haltung ganz entgegengesetzter Ansicht sind. Die Ansicht des Foreign Office entspricht der bei solchen Gelegenheiten traditionellen Linie der Voranstellung politischer Gesichtspunkte und der Vertagung. Nur der Umstand, daß die britische Ration zu 8 v. H. hinter Snowden steht, verhindert eine stärkere Wirkung dieser Einstellung.

Inlar bleibt für den Londoner Beobachter der Dinge, ob Großbritannien mit der Zurückziehung seiner Truppen aus seinen Besitzern in der Rheinlandkommission zurückzuziehen wird. Diese Frage ist ebenfalls noch nicht entschieden. Wie es scheint, besteht gegenwärtig stärkere Neigung für eine Beibehaltung des englischen Besitzes, der als englischer Stützpunkt nach dem Abzug der englischen Truppen wertvolle Dienste leisten und im Falle einer Ausdehnung der gegenwärtigen Unfreundlichkeiten zwischen London und Paris durch seine Stimme alle Maßnahmen verhindern könnte, die London nicht genehm wären.

So wenig ein alter englisch-französischer Gegensatz den deutschen Interessen förderlich wäre, so sicher ist es, daß man es auf englischer Seite der deutschen Abordnung überlassen wird, in den mit der Rheinlandräumung unzer trennlich zusammenhängenden Fragen selbst Mut zu zeigen. Die Entwicklung wird daher sehr wesentlich von der Festigkeit auf deutscher Seite abhängen. Wenn Deutschland bereit sein sollte, auf seine eigenen Kosten Kompromisse abzuschließen, so würde man sich in England zwar darüber wundern, aber man würde natürlich keine Einwände hiergegen erheben.

England billigt den deutschen Klärungsschritt.

Haag, 20. August. (Telunion.) Der deutsche Schritt zur Klärung der Konferenzlage wird von der englischen Abordnung als berechtigt bezeichnet. Es sei durchaus verständlich, daß Deutschland jetzt endlich eine Entscheidung in den für Deutschland lebenswichtigen Fragen herbeizuführen suche. Auf neue wird der englischen Auffassung Ausdruck gegeben, daß England eine sofortige vollständige Räumung des Rheinlandes unabhängig von der Annahme des Youngplans, der Gründung der internationalen Bank und der Regelung der Verteilungsfrage für unbedingt notwendig erachtet. Diesem wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß der deutsche Schritt zweckmäßigerweise bereits in der vorigen Woche hätte erfolgen müssen, da am heutigen Tage kurz vor der allgemein erwarteten Vertagung der Konferenz ein derartiger Schritt stark an Wirksamkeit und Bedeutung verloren habe.

Der Finanzbericht der fünf Gläubigermächte.

Haag. Der Bericht der Finanzsachverständigen der fünf Gläubigermächte ist gestern im Laufe des Abends überreicht worden. Dem Vernehmen nach hat sich eine Uebereinstimmung der Ansichten nicht erzielen lassen, doch ist in verschiedenen Punkten eine Klarstellung erfolgt, während in anderen der englische Standpunkt von dem der übrigen Sachverständigen abweicht. Auftragsgemäß ist ein gemeinsamer Bericht abgegeben worden, der die Uebereinstimmungen und die Abweichungen der beiderseitigen Feststellungen enthält und nunmehr als Grundlage für die weiteren Verhandlungen dienen soll.

Es hat sich herausgestellt, daß in Bezug auf die Berechnung der durchschnittlichen Werte der französischen Annuitäten für die nächsten 37 Jahre irrtümlich (!!) die Summe auf 104,5 Millionen Goldmark angegeben wurde, was den wirklichen Wert der Annuitäten beinahe um 100 Millionen unterbietet.